

ANFRAGE

des Abgeordneten Michael Gmeindl
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend **Cyberbetrug mit internationalem Bezug, die strafrechtliche Verfolgung grenzüberschreitender Kryptobetrugsdelikte sowie die Effektivität der österreichischen Strafverfolgung**

Immer häufiger werden österreichische Bürger Opfer professionell organisierter Cyberbetrugsdelikte mit internationalem Bezug. Dabei kommen insbesondere Identitätsdiebstahl, Social Engineering, Kryptowährungen sowie internationale Geldwäschekonstruktionen zum Einsatz. Die Täter agieren vielfach aus Drittstaaten und bedienen sich moderner technischer Infrastruktur sowie internationaler Zahlungs- und Kryptoplattformen.

Zahlreiche Geschädigte berichten, dass Ermittlungsverfahren aufgrund des Auslandsbezugs oder mangelnder Ermittlungsmöglichkeiten frühzeitig eingestellt werden oder sich über lange Zeiträume hinziehen. Dadurch entsteht bei vielen Bürgern der Eindruck, dass organisierte internationale Cyberkriminalität nur unzureichend verfolgt wird und Opfer bei der Durchsetzung ihrer Rechte weitgehend auf sich allein gestellt sind.

Vor diesem Hintergrund stellen sich grundlegende Fragen hinsichtlich der personellen und technischen Ausstattung der Strafjustiz, der internationalen Zusammenarbeit sowie der Effektivität der strafrechtlichen Verfolgung grenzüberschreitender Cyberkriminalität.

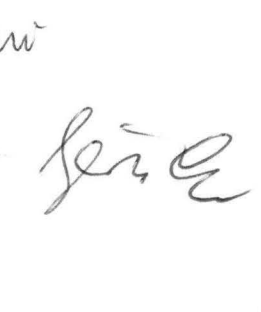
In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage

1. Wie viele Strafverfahren wegen internationalen Cyberbetrugs, Internetbetrugs oder vergleichbarer Delikte mit Auslandsbezug wurden seit 2020 jährlich bei österreichischen Staatsanwaltschaften geführt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren)
 - a. Wie viele dieser Verfahren betrafen Betrug unter Verwendung von Kryptowährungen?
2. Wie viele Verfahren wegen derartiger Delikte wurden seit 2020 eingestellt? (Bitte um Angabe der jeweiligen Einstellungsgründe)
 - a. Wie viele Einstellungen erfolgten aufgrund eines Auslandsbezuges der Täter?
3. Wie viele rechtskräftige Verurteilungen wegen derartiger Delikte erfolgten seit 2020? (Bitte um jährliche Aufschlüsselung)
 - a. Welche Strafmaße wurden jeweils verhängt?
 - b. Wie viele Freiheitsstrafen wurden unbedingt ausgesprochen?
 - c. Wie viele Freiheitsstrafen wurden bedingt ausgesprochen?
 - d. Wie viele Geldstrafen wurden verhängt?

4. Wie hoch war seit 2020 der durch rechtskräftig abgeschlossene Verfahren festgestellte Gesamtschaden bei internationalen Cyberbetrugsdelikten? (Bitte um jährliche Aufschlüsselung)
5. Wie hoch konnten die Schadensbeträge tatsächlich für die Opfer sichergestellt bzw. rückgeführt werden?
6. In wie vielen Verfahren wurden seit 2020 internationale Rechtshilfeersuchen gestellt?
 - a. An welche Staaten wurden diese übermittelt?
 - b. Wie hoch war die durchschnittliche Bearbeitungsdauer?
 - c. In wie vielen Fällen blieb ein Rechtshilfeersuchen ohne Erfolg?
7. Wie beurteilt Ihr Ressort die derzeitigen Möglichkeiten österreichischer Staatsanwaltschaften zur Verfolgung organisierter Cyberkriminalität mit internationalem Bezug?
 - a. Besteht aus Sicht Ihres Ressorts gesetzlicher Anpassungsbedarf?
 - b. Falls ja, in welchen Bereichen?
8. Verfügen sämtliche Staatsanwaltschaften über ausreichende technische und personelle Ressourcen zur Bearbeitung komplexer Cybercrime-Verfahren?
 - a. Wenn ja, worauf stützt sich diese Einschätzung?
 - b. Wenn nein, welche Maßnahmen sind geplant?
9. Wie viele Staatsanwältinnen und Staatsanwälte verfügen derzeit über eine spezielle Ausbildung im Bereich Cybercrime und Blockchain-Ermittlungen? (Bitte um bundesweite Aufschlüsselung)
10. Wie viele Fortbildungsmaßnahmen wurden seit 2020 durchgeführt?
11. Welche Möglichkeiten bestehen derzeit für Staatsanwaltschaften, Vermögenswerte aus Kryptowährungen rasch sicherzustellen?
 - a. Bestehen hierfür standardisierte Abläufe?
 - b. Sind gesetzliche Änderungen geplant?
12. In wie vielen Strafverfahren seit 2020 standen regulierte Anbieter von Kryptowertedienstleistungen im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen Geldwäsche oder internationalem Cyberbetrug?
 - a. Wie viele dieser Verfahren führten zu Anklagen?
 - b. Wie viele führten zu Verurteilungen?
13. Wie beurteilt Sie die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaften, Kriminalpolizei, FMA und internationalen Ermittlungsbehörden bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Cyberkriminalität?
 - a. Wo sieht Ihr Ressort Verbesserungsbedarf?
 - b. Welche konkreten Maßnahmen wurden seit 2020 gesetzt?
14. Hält Ihr Ressort die derzeitigen gesetzlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung international organisierter Cyberkriminalität für ausreichend?
 - a. Wenn ja, warum?
 - b. Wenn nein, welche gesetzlichen Änderungen werden, vorbereitet?
15. Wie beurteilt Ihr Ressort die Entwicklung international organisierter Cyberkriminalität zulasten österreichischer Bürger seit 2020?
 - a. Liegen Erkenntnisse über einen Anstieg derartiger Delikte vor?
 - b. Welche konkreten Maßnahmen sollen künftig den Schutz österreichischer Bürger verbessern?


Michael

 Alois Kain
 Peter
 Peter

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-13T16:09:20+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	